



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

15. Sitzung vom 7. April 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–20.45 Uhr

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: B. Bürgin, S. Inäbnit

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten:

Stefan Kaiser: begrüsst die Anwesenden und informiert, dass Pascal Andres heute seine letzte Sitzung bestreitet. Er war gehörte dem Rat seit Juli 2012 an und war auch Mitglied der Bau- und Planungskommission.

Es haben sich Beatrix Bürgin und Sven Inäbnit entschuldigt, Daniel Zimmermann kommt etwas später. Zurzeit sind 37 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 24.2.2014	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.2.2014: Genehmigung der Abrechnung eines Investitionskredits (Hubretterfahrzeug) Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	107
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.3.2014: Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	109
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.3.2014: Pensionskassenlösung für Binningen Geschäftskreisführung: M. Keller	96
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.2.2014: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,195 Mio. für Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	108
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.2.2014: Motion R. Moll/St. Glaser/Ph. Schaub, parteilos: Rudolph "BOLO" MÄGLIN-Strasse/-Weglein in Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	95
7. Diversa	

Genehmigung des Protokolls vom 24.2.2014

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Genehmigung der Abrechnung eines Investitionskredits (Hubretterfahrzeug)

Jürg Humbel: Die FDP hat die Abrechnung geprüft, sie ergibt in etwa eine schwarze Null. Das Hubretterfahrzeug hat bereits seine Feuertaufe und weitere Einsätze mit Bravour bestanden. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

ABSTIMMUNG

Einstimmig

BESCHLUSS

://: Die Abrechnung Anschaffung eines Hubrettungsfahrzeugs für die Feuerwehr Binningen von CHF 693 198 und Minderkosten von CHF 202 wird genehmigt.

Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen

EINTRETEN

Alexander Huber: Die CVP/GLP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass die Verwaltung einem strategischen Entscheid des Einwohnerrats zu folgen hat. Der Redner rekapituliert, wie es zum Kürzungsantrag in der Produktgruppe 8 kam: Vergleicht man die Rechnung 2012 mit dem Budget 2014, fällt auf, dass das Budget 2014 um 538 000 Franken höher liegt, was einem Ausgabenwachstum von 13,7 Prozent entspricht. Den grössten Anteil daran haben die Gemeindestrassen mit einem Betrag von CHF 356 000 oder einem Wachstum von 11,76 Prozent. In der Rechnung 2012 sind zudem nicht wiederkehrende Ausgaben von 233 000 Franken enthalten. Die Zuwachsraten von 2012 auf 2014 wurden dem Rat nicht genügend erläutert. Diese mangelnde Transparenz hat offensichtlich dazu geführt, dass dem Kürzungsantrag von links bis rechts grossmehrheitlich zugestimmt wurde, was eher selten vorkommt. Im Zusammenhang mit dem Hinterfragen des enormen Wachstums fühlte sich Alexander Huber als Einwohnerrat nicht ernst genommen, ja sogar spöttisch belächelt.

Er fragt nochmals: Warum ist das Netto-Globalbudget für die Gemeindestrassen so viel höher als im Jahr 2012 und welche Gründe verhindern es, auf die Ausgaben von damals zurückzufahren?

Leider erhält der Rat anstelle von Antworten den Antrag für einen Nachtragskredit von 0,27 Millionen. Im Bericht werden Positionen wie „Material für Winterdienst“, „Diverse Deckenbeläge“ oder „Umrüstung auf LED“ aufgelistet, für die man 270 000 Franken benötigt; doch gibt es keinen Hinweis auf den

enormen Zuwachs. Kosten für Winterdienst oder Deckenbeläge gab es auch im 2012 – sie sind also bestimmt nicht die Erklärung. Solange dies im Raum steht, geht die Fraktion davon aus, dass eine Rückkehr zum damaligen Ausgabenniveau problemlos möglich sein sollte.

Die CVP/GLP wird dem Nachtragskredit nicht zustimmen, kann sich aber eine Überweisung des Geschäfts in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vorstellen.

Auch *Markus Ziegler, FDP*, stört sich am erwähnten Unterton im Bericht, möchte diesen jedoch nicht kommentieren. Für seine Fraktion ist der Nachtragskredit zu hoch, sie ist aber gerne bereit, im Rahmen der GRPK einzelne Positionen zu diskutieren. Endlich wurde etwas mehr Transparenz geschaffen. Trotzdem muss gesagt werden, dass die ganzen Umlagekosten, die im Budget so hoch sind wie die direkten Kosten, vom Gemeinderat mit keinem Wort erwähnt werden. Das muss die GRPK genau anschauen. Die FDP beantragt eine Überweisung des Geschäfts in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Anand Jagtap: Die *Grüne/EVP* ist der Meinung, dass der Wille des Einwohnerrats vom Januar, wo und wie viel gespart werden soll, in dieser Vorlage nicht umgesetzt wurde. Stichwort: „Im nicht-sicherheitsrelevanten Bereich“. Die Fraktion ging davon aus, dass die Ratsdebatte für alle klar verständlich war. Dies ist offenbar nicht der Fall. Für die Auslegung des politischen Willens wird gebetsmühlenartig auf den Antragstext verwiesen. Die *Grüne/EVP* erachtet dies als verfehlt, denn schliesslich diskutiert der Rat vor jedem Beschluss, weshalb auch der Inhalt der Ratsdebatte vom Januar zum politischen Willen des Einwohnerrats gehört.

In der Vorlage werden vor allem im Graubereich des sicherheitsrelevanten Bereichs Einsparungen vorgeschlagen. Bei nicht-sicherheitsrelevanten Budgetposten wie z.B. „Landesinformationssystem“ werden hingegen keine Abstriche gemacht. Dass nach diesem quasi inexistenten Winter ausgerechnet Mittel für den Winterdienst als Erstes beantragt werden, geht für die Partei an der Realität vorbei.

Zum Stichwort Kompetenz: Der Einwohnerrat kann nur so kompetent sein wie die Unterlagen, die ihm zur Verfügung stehen. In der Budgetdebatte stand es damit nicht zum Besten, was sich auch mit dem Verweis auf das Produkt 8.02 im Kürzungsantrag äusserte. Heute liegt endlich die Grundlage für eine saubere Diskussion vor, wofür sich der Redner beim Gemeinderat und der Verwaltung bedankt. Man ist heute also gut ausgerüstet und hochmotiviert, dem Gemeinderat auf die Finger zu schauen. Da der Rat aber auch ein effizientes Gremium ist, macht es für die Fraktion keinen Sinn, die Diskussion im Plenum zu führen. Aus diesem Grund ist sie für eine Überweisung in die GRPK.

Christoph Anliker, SVP: Am 12. Februar ging die GRPK nicht auf den Vorschlag für Einsparungen von lediglich CHF 230 000 ein, sondern hielt am Beschluss des Einwohnerrats fest. Jetzt, keine zwei Monate später, liegt bereits ein Nachtragskredit vor, dabei weiss man noch nicht, was ausgegeben wurde. Zudem wird immer von 37 Prozent gesprochen, was einem Drittel entspricht. Folglich hätte man noch ein Dritteljahr Zeit, um abzuwarten. Das Drittel ist aber nicht korrekt, denn im Budget sind knapp 3 Millionen veranschlagt – und 500 000 entspricht nicht 37 Prozent.

Für die Fraktion ist klar, dass der Nachtragskredit nicht zu bewilligen ist, auch wenn zwei, drei Positionen wie z.B. die Belagsausbesserungen angeschaut werden können. Hingegen wird das Landesinformationssystem einiges höher budgetiert als letztes Mal und dies ist bestimmt nicht der einzige Punkt, an dem noch gespart werden kann.

Die SVP möchte das Geschäft in der GRPK näher anschauen.

Pascal Andres, SP: Hier geht es um Folgeprobleme aus der Budgetberatung. Der Gemeinderat hat den Sparauftrag des Einwohnerrats geprüft und erachtet ihn nicht als voll umsetzbar. Deshalb unterbreitet er diesen Nachtragskredit. Die SP-Fraktion unterstützt mehrheitlich – mit ein paar Enthaltungen – den Antrag des Gemeinderats und steht einer Überweisung an eine Kommission eher kritisch gegenüber, weil damit das Ganze noch mehr in die Länge gezogen würde; dabei steht man bereits mitten im Jahr. Dennoch ist man nicht mit allem einverstanden. Besonders hervorzuheben ist der bereits von der Grü-

ne/EVP erwähnte Winterdienst. In diesem warmen Winter dürften der Materialeinsatz wie auch die Einsätze unterdurchschnittlich ausgefallen sein, was in der Vorlage aber nicht zum Ausdruck kommt. Das ist zwar bedauerlich, doch nichtsdestotrotz unterstützt eine Mehrheit der Fraktion den Antrag des Gemeinderats.

Roger Moll, parteilos: Vor der Budgetdebatte erhielt der Einwohnerrat kurzfristig eine Beratungssynopse zum Budget 2014 und zum Finanzplan 2015–2018. Für den Redner war dies ein Schnellschuss. Auch der Antrag und Beschluss des Einwohnerrats, in der Produktegruppe 8 Verkehr, Strassen 500 000 Franken einzusparen, war seines Erachtens ein Schnellschuss. Es wurde nicht überlegt, was diese Einsparung inhaltlich bedeutet. Das war einer der Gründe, warum die Parteilosen damals für eine Ablehnung des Budgets waren.

Seine persönliche Meinung zum Nachtragskredit: Der auf S. 4 in der untersten Tabelle aufgeführte Gesamtbetrag von CHF 172 500 müsste bewilligt werden, damit der Handlungsspielraum für die nötigen und dringenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Strassensanierung und dem Strassenbau gewährleistet ist. Die Parteilosen sind aber nicht gegen eine Überweisung an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für weitere Detailabklärungen. Zu den Einstellungen von 25 000 Franken für den Winterdienst hält Roger Moll fest, dass in einem „normalen“ Winter zumindest die Strassen, die von Bussen befahren werden, schneefrei gehalten werden müssen. Folglich muss ein entsprechender Betrag eingestellt werden.

Gemeinderat Urs-Peter Moos hat sich die Zeit genommen und in alten Protokollen nachgelesen: An der Budgetsitzung vom Dezember 2011 beantragte er in seiner damaligen Funktion als SVP-Einwohnerrat, im Rahmen der Globalbudgets 2 Prozent zu sparen. Diverse Voten meinten, dies sei nicht zu verantworten, würde zu stark ins Budget eingreifen und sei ein Schnellschuss. Führt man sich nun vor Augen, wie beim zweiten Anlauf zum Budget 2014 in einem einzigen Produkt 37 Prozent zusammengestrichen wurden, zeigt dies, wo man steht. Mit dieser Kürzung kann die entsprechende Abteilung nicht so arbeiten, wie sie sollte. Wenn der Einwohnerrat dem Nachtragskredit nachkommen würde, betrüge die Kürzung immer noch 17 Prozent, also das Achteinhalbfache dessen, was der Einwohnerrat zwei Jahre zuvor als ungeheuerlich empfand.

Zum Votum der CVP/GLP: Es ist natürlich nicht rechtens, das Budget 2014 mit der Rechnung 2012 zu vergleichen. Dazwischen ist noch die Rechnung 2013. So bestätigt die Fraktion indirekt, dass sie sich nicht die erforderliche Zeit genommen hat, die Sache genau anzuschauen – nämlich bei der Rechnung 2012. Damals wäre der Zeitpunkt gewesen, das zu diskutieren, denn damals passierte der genannte Anstieg, der nicht beim eigentlichen Produkt, sondern bei den Umlagekosten anfiel. Man hätte also einhalb Jahre Zeit gehabt, sich das Ganze zusammen mit der Verwaltung, dem Gemeinderat und der GRPK anzuschauen.

Urs-Peter Moos ist froh um die Voten der SP und der Parteilosen, die die Verantwortung auch ein Stück weit beim Einwohnerrat sehen. Wenn ein Missgeschick passiert ist, lohnt es sich nicht, lange zu diskutieren, warum es dazu kam. Hier geht es um Zahlen, die im Budget sind oder nicht. Es wurde nicht falsch investiert oder etwas falsch gemacht. Deshalb wäre nun der Moment, auf beiden Seiten Unzulänglichkeiten zuzugeben, die Sache abzuwickeln, sich zusammenzurufen und vorwärts zu gehen.

Es ist bald Sommer, also Hochsaison, um Strassenarbeiten anzugehen und Strassenreparaturen auszuführen. Urs-Peter Moos hofft, dass trotz einer Überweisung in die GRPK die nötigen Gelder dafür noch rechtzeitig gesprochen werden.

Zum Winterdienst: Der Winter findet ja nicht nur vom 1. Januar bis zum Frühlingsbeginn statt. Je nach Jahr kann es im Oktober/November bereits schneien. Auf Ende Jahr werden also möglicherweise entsprechende Gelder benötigt.

Gaida Löhr, SP, hält fest, dass die Fraktion das Geschäft sehr intensiv diskutiert hat und sie sich zu Beginn der heutigen Sitzung umgeschaut und festgestellt hat, dass ihre Fraktionskolleg/innen ihr Couvert geöffnet hatten. Erstaunlicherweise hatten sich auch alle bereits mit dem Geschäft beschäftigt, auch wenn ein gewisses Gemeinderatsmitglied dies anders sieht. Dieser Vorwurf sollte ihrer Meinung nach zurückgenommen werden.

Zum Winter: Selbstverständlich muss Geld eingestellt werden, für den Fall, dass es wieder einmal einen richtigen Winter gibt, doch redet man heute über das Budget 2014. Es ist April und der Hauptteil des Winters (Januar bis März) ist vorbei, beziehungsweise hat dieses Jahr nicht stattgefunden. Dass im Oktober wochenlang Schnee geschaufelt werden muss, ist doch sehr selten. A propos Transparenz: Es sind zwar 25 000 Franken für das Salz ausgewiesen, doch die Arbeitsstunden, die es braucht, um dieses Salz auszustreuen, konnte die Fraktion trotz eingehender Suche nicht finden. Es gilt also, die Vorwürfe von beiden Seiten her anzuschauen. Die SP nimmt nicht einfach die Schuld auf sich und stimmt dann zu. Der Grund, warum der Einwohnerrat in der Budgetdebatte so reagierte, war, dass die vorgelegten Fakten eben nicht sehr transparent waren. Gaida Löhr bittet um präzise Auskunft, wo die Arbeitsstunden zu finden sind.

CVP/GLP: Eduard Rietmann bedankt sich für den Hinweis, dass man alte Protokolle lesen soll. Er wird ihn sicher beherzigen. Er hingegen hat das Gesetz und die Reglemente gelesen. Darin steht, dass in der einstelligen Kontoführung im Leistungsbericht, im Leistungsziel, im Leistungsbereich umgelagert werden darf. In weiteren Artikeln steht, wann ein Nachtragskredit gemacht wird und wann nicht. Es wird beispielsweise ausgeführt, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz auf Basis der Gesamtausgaben des letzten Jahres entscheiden kann. Man muss sich hier an die Zahlen von 2012 halten, weil diejenigen vom 2013 ja noch gar nicht vorliegen. Es geht immerhin um ca. 753 000 Franken, über die der GR entscheiden kann. Im Einzelgeschäft ist es ein Promill, was 75 300 Franken entspricht. Selbst wenn das alles nicht reicht, kann der Gemeinderat den Budgetbetrag für das Salz überziehen, er muss es nur der GRPK melden. Erst wenn alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, soll man laut Reglement mit einem Nachtragskredit ans Parlament gelangen. Die GRPK freut sich, sie wird dieses Mal nicht das Globalbudget, sondern die Details anschauen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Es war ja ausdrücklich die GRPK, die dem GR empfahl, mit einem Nachtragskredit in den Einwohnerrat zu kommen.

Zur Bemerkung der SP bezüglich der offenen Couverts hält er fest, dass es eine Podiumsdiskussion war und er nicht erwähnt habe, dass es sich um jemanden aus der Binniger SP handle. Fakt ist, dass es Leute gibt, die mit geschlossenem Couvert zur Einwohnerratssitzung erscheinen. Dies war innerhalb der Podiumsdiskussion ein Thema.

Markus Ziegler, FDP, erachtet diese Diskussionen eines Parlaments nicht würdig.

Falls das Geschäft an die GRPK überwiesen wird, möchte er noch Folgendes festhalten: Die Hälfte des Budgets, welches für die Strassen verwendet wird, sind Umlagen. Diese gilt es anzuschauen und dafür erwartet die Kommission die volle Transparenz. Heute hat man immerhin die halbe Transparenz, doch Markus Ziegler verlangt ausdrücklich die volle Transparenz, inklusive Umlagen.

Carolle von Ins, parteilos (SP): Im Französisch gibt es den Ausdruck „On va souffrir une commissionite aiguë“. Davor warnt sie. Trotzdem sieht sie aufgrund der unzulänglichen Unterlagen des Gemeinderats die Notwendigkeit, das Geschäft in die GRPK zu überweisen, damit der Einwohnerrat seine Verantwortung wahrnehmen kann.

ABSTIMMUNG Antrag FDP: Überweisung des Geschäfts an die GRPK

(38 Personen anwesend)

Ja: 28 / Nein: 6 / Enthaltungen: 4

://: Das Geschäft wird an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission überwiesen.

Pensionskassenlösung für Binningen

EINTRETEN

Christoph Maier: Die FDP-Fraktion bedankt sich für die frühzeitige Information zu diesem komplexen Thema. Die Fraktion kam nach intensiver Diskussion zum Schluss, dass der Antrag zu früh kommt, weil es zum Thema am 18. Mai noch eine Abstimmung gibt, deren Ausgang die Sache entscheidend beeinflussen wird. Aus diesem Grund möchte man das Geschäft nicht im eigentlichen Sinn zurückweisen, eher verschieben.

Christoph Anliker, SVP: Auch er bedankt sich für die sehr komplexe Vorlage und meint, dass das Geschäft teilweise schwierig zu verstehen war, was die Entscheidung nicht eben leichter macht. Zum Fragezeichen wegen der anstehenden Abstimmung kommen also noch weitere. Ausserdem soll hier über Geld bestimmt werden, zu dem die Informationen erst im September vorhanden sein werden. Christoph Anliker schliesst sich seinem Vorredner an und plädiert für eine Rückweisung des Geschäfts.

Grüne/EVP, Anand Jagtap: Seine Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einbezieht, doch glaubt sie, dass die Art und Weise und das Timing nicht optimal sind. Die breite Auslegeordnung lässt noch viele Punkte offen, weil die entsprechenden Entscheide noch nicht gefallen sind. Aufgrund der Fülle der Informationen und der Varianten entsteht der Eindruck, dass der Einwohnerrat im Herbst noch ein paar wichtige Entscheide zu fällen hat. Ganz sicher hat der ER zu bestimmen, wie viel Geld er Jahr für Jahr für den Arbeitgeberbeitrag in die Personalvorsorge investieren will. Alles andere bestimmen andere Gremien wie der Gemeinderat oder das paritätische Organ. Die Fraktion ist deshalb der Meinung, dass es nichts bringt, Finanzen ausserhalb des Budgets zu sprechen. Dies insbesondere, als man das Ergebnis der Abstimmung zur Änderung des Pensionskassengesetzes noch nicht kennt. Wenn das Volk der Vorlage zustimmt, sind die Lehrerinnen und Lehrer in der kantonalen Lösung versichert. Wie auf der letzten Seite der Vorlage zu lesen ist, ist man diesem Fall aufgrund des Rechtsgleichheitsgebots verpflichtet, das übrige Personal analog zu versichern. Diese Generalklausel schränkt den Handlungsspielraum des Einwohnerrats stark ein. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, heute im luftleeren Raum zu diskutieren. Die Gründe/EVP macht deshalb beliebt, nicht auf das Geschäft 96 einzutreten, bis die Ergebnisse der Abstimmung vom 18. Mai vorliegen. Der Einwohnerrat steht nicht unter Zugzwang und kann es zu gegebener Zeit behandeln.

Severin Brenneisen: Auch die SP bedankt sich und findet es richtig, dass der Einwohnerrat rechtzeitig miteinbezogen und vorinformiert wird. Die Unterlagen gleichen eher einem Arbeitspapier als einer endgültigen Vorlage, da noch sehr viele Wenn und Aber offen sind. Allerdings werden in diesem Arbeitspapier die einzelnen Pläne anschaulich aufgezeigt und es gibt bereits einen guten Einblick. Die Fraktion kam zum Schluss, dass die Stossrichtung des Gemeinderats, den kantonalen Plan als Richtschnur zu nehmen, die richtige ist. Der Redner hält fest, dass die SP erwartet, dass ein fairer Dialog mit der Arbeitnehmerschaft stattfindet, in dem die einzelnen Positionen klar ausdiskutiert werden.

Die Fraktion ist der Meinung, dass zum Antrag 1 der Vorlage bereits jetzt eine Meinungsbildung möglich ist und sie unterstützt diesen Antrag.

Eduard Rietmann: Die CVP/GLP-Fraktion möchte an dieser Stelle Gemeindepräsident Mike Keller für seinen grossen Einsatz, den er in der Gemeinde, aber auch im Kanton leistet, danken und betont, dass sie grossen Respekt hat vor seinem Engagement für die Gemeinde und die Mitarbeitenden.

Die Fraktion findet es gut, dass der Rat immer wieder über den Stand der Verhandlungen informiert wird. Eduard Rietmann nennt ein paar Zahlen, um aufzuzeigen, wie das Ganze entstanden ist: Die Pensionskasse Baselland gibt es seit 1921, im 1948 kam die AHV und im 1985 das BVG dazu. In den sechziger Jahren riet man den Leuten, trotz weniger Lohn beim Staat zu arbeiten, weil die Vorsorgeleistungen sehr gut waren. Mit der Einführung des BVG änderte sich dies und heute ist es so, dass auch der Kanton und die Gemeinden marktübliche Löhne bezahlen müssen. Aus diesem Grund findet die CVP/GLP, auch die Sozialleistungen sollten marktüblich sein.

Im Bewusstsein, dass der Kanton bereits eine Vorlage erarbeitet hat und darüber abgestimmt wurde, hat sich die Fraktion Gedanken darüber gemacht, was für sie eine gute Stossrichtung wäre: Sie befürwortet grundsätzlich den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Den Wechsel zu einer Sammelstiftung findet die Fraktion in Ordnung, egal, ob es eine private oder staatliche Stiftung ist. Wichtig ist, dass die Defizitgarantie nicht mehr über den Steuerzahler abgewickelt werden darf, sondern dass die Versicherten beteiligt sein müssen. Der Arbeitnehmerbeitrag ist mehr oder weniger gegeben, doch wäre das Ziel, dass man sich auch hier der Privatwirtschaft angleicht und die Beteiligung auf 50/50 festsetzt.

Ein wichtiger Punkt, über den in der Öffentlichkeit noch nicht gesprochen wurde, der jedoch stark ins Gewicht fällt, ist die Todesfall- und Invaliditätsrente. Auch dort sollte überlegt werden in Richtung Privatwirtschaft zu gehen. (Es wurde festgestellt, dass in einzelnen Vorsorgeverträgen die Invalidität besser bezahlt ist als am Schluss die Rente).

Weiter wünscht die CVP/GLP, dass in Zukunft nicht mehr so viel Geld für die Teuerung aufgewendet werden muss wie bisher; auch hier braucht es eine Anpassung an das BVG.

Das Ziel ist also, dass auch beim Kanton und in den Gemeinden die Angestellten auf marktüblichem Niveau vorsorgeversichert sind. Es darf nicht sein, dass ein/e Arbeitnehmer/in, die das BVG-Minimum hat, über Steuergelder eine sehr gute – wenn nicht gar Luxuslösung – bezahlen muss.

Die CVP/GLP unterstützt den Gemeinderat in seiner Stossrichtung, ist jedoch der Meinung, dass der Antrag 1 eigentlich ins Budget gehört und Antrag 2 zur Kenntnisnahme ist. Sie schlägt vor, Antrag 1 abzulehnen, so dass das Geschäft wieder kommt, ohne dass es zurückgewiesen wird.

ABSTIMMUNG Antrag: Nichteintreten

Ja: 28 / Nein: 9 / Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Der Rat beschliesst, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,195 Mio. für Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach

EINTRETEN

Urs Brunner, SVP: Diese Vorlage lässt einige Fragen offen. Er will nur deren drei erwähnen:

1. Wie sehen der Hochwasserschutz und die Revitalisierung am Dorenbach aus?
2. Wie lauten die Absprachen mit dem Kanton Basel-Stadt betreffend Kostenanteil an der Dorenbach-Restaurierung, resp. an den Strassenkorrekturen?
3. Warum sind die Kosten für rund 370 Meter Länge so hoch?

Die SVP ist für eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, bedankt sich für die gute Vorlage mit den informativen Zahlen, um die man froh ist. Der Plan sieht auch gut aus. Der Kreuzungsbereich Bündtenmattstrasse/Holeerain macht einen verkehrsberuhigten Eindruck und auch die teilweise Verschiebung der Dorenbachstrasse nach Süden gefällt auf den ersten Blick. Doch bei näherer Betrachtung erweist er sich als eine Mogelpackung. Genau entlang der Verschiebung sind die Garagenausfahrten der Grundstücke. Dies bedeutet also nicht verkehrsberuhigt, sondern Bequemlichkeit für Garagenbesitzer und Firmenausfahrten.

Die Fraktion findet, dass weniger manchmal mehr ist. Ihrer Ansicht nach reicht in einem Wohnquartier eine Fahrbahnbreite von 4,5–5 Metern, ausserdem behauptet der Gemeinderat, dass das Verkehrsaufkommen abnehmen wird. Die eingesparte Fläche von 200 m² an der Dorenbachstrasse würde die Kosten um ca. 80 000 Franken reduzieren. Dann könnte die renaturierbare Fläche vergrössert werden, was mehr Natur, weniger Asphalt und mehr Versickerungsfläche bedeuten würde. Bei der Renaturierung ist eine Kostenbeteiligung des Kantons und von Basel-Stadt vorgesehen.

Auch beim geplanten Parkplatzregime sind noch Kosteneinsparungen möglich. Was der Fraktion am Herzen liegt, ist die Sicherheit der künftigen Spielplatzbesucher. Sie ist zudem immer noch der Meinung, dass das Verkehrskonzept veraltet und damals unter anderen Voraussetzungen entstanden ist. Investitionen in die Strassen sollen vernünftig eingesetzt werden, massloses Verdichten lehnt die Grüne/EVP ab.

Die Fraktion ist bereit, ihre Fragen und Änderungsvorschläge in einer Kommission zu deponieren, weshalb sie eine Überweisung in die BPK unterstützt.

Daniel Zimmermann: Die FDP bedankt sich für das interessante Projekt über das es sich nach dem Spatenstich und dem Aufgleisen des Verkaufs der zweiten Etappe lohnt, im Detail zu diskutieren. Da sich auch für die FDP-Fraktion noch einige Fragen stellen, ist sie einstimmig dafür, das Geschäft an die BPK zu überweisen.

Anne Platten, parteilos (SP): Ihre Fraktion unterstützt die Überweisung einstimmig. Es ist ihr ein Anliegen, dass an den damals mit der Umzonung verknüpften Bedingungen an das Projekt nicht gerüttelt wird. Auch für die SP sind noch Fragen offen. Zum Beispiel zum Strassenregime, zur neuen Einstellhalle und zur Platzsituation beim Holeeschloss und Sutter-Haus. Eine weitere anspruchsvolle Zone ist die Umgestaltung beim Dorenbächli mit den diversen kleinen Brücken und Zufahrten.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Es ist sicher sinnvoll, wenn die Strassensanierung gleichzeitig mit den privaten Häusern gemacht wird. Der Fraktion erscheint der Preis für die 370 m etwas hoch und sie möchte auch das Thema Hochwasserschutz näher anschauen. Ihr ist beispielsweise nicht klar, ob dafür bereits Beträge in der Baukostenaufstellung enthalten sind oder ob alles die Kantone Baselland und Basel-Stadt tragen. Auch die Revitalisierung ist in der Kostenzusammenstellung nicht sichtbar.

Weiter interessiert die CVP/GLP, ob das Trottoir erhöht oder auf gleichem Niveau gedacht ist.

Sie ist auch der Meinung, dass das Geschäft in die Bau- und Planungskommission überwiesen werden soll.

Roger Moll, parteilos, ist gegen eine Überweisung, weil der Einwohnerrat am 18. Juni 2012 das Geschäft an die Bau- und Planungskommission überwiesen hatte. Damit lagen der BPK sämtliche Detailvorschläge bis hin zur Siedlungsentwicklung, Arealnutzung und Korrektur Dorenbachstrasse vor. Für ihn ist das heutige Geschäft der Vollzug dessen, was damals beschlossen wurde. Aus diesem Grund sieht er nicht ein, warum das Geschäft eine Schlaufe in der BPK machen soll, was eine Verzögerung des Vollzugs bedeutet. Selbstverständlich muss der Kredit noch bewilligt werden, doch lagen diese Zahlen im Prinzip damals schon vor.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Die Projekte Hochwasserschutz und Renaturierung wurden getrennt. Wie erwähnt, ist der Spatenstich auf dem Stamm-Areal erfolgt und es ist wünschenswert, dass die Strassenkorrektur mit dem Abschluss der Bauarbeiten gemacht ist. Mit der Entflechtung von Strassenkorrektur und Hochwasserschutz ist das möglich.

Momentan hat der Kanton keine Kapazität für den Hochwasserschutz. Doch da auch hier das Ziel ist, das Ganze innerhalb der Bauphase umzusetzen, hat der Gemeinderat beschlossen, nach Möglichkeit den Lead zu übernehmen, so wie es in der Vergangenheit auch schon gemacht wurde.

Es wurde gesagt, dass mit dem vorliegenden Geschäft die Beschlüsse des Einwohnerrats umgesetzt wurden. Das sieht man auf S. 4, wo im Bauprogramm unter anderem der Strassenlinienplan aufgeführt ist, der das übliche Prozedere durchlaufen hat. Dieser wurde auf der Basis der ER-Beschlüsse umgesetzt. Eine der drei Phasen Strassenprojekt soll bereits diesen Frühling/Sommer umgesetzt werden. Urs-Peter Moos versteht es, wenn das Geschäft an die BPK überwiesen wird, doch wäre es erfreulich, wenn das Vorhaben trotzdem möglichst wie geplant umgesetzt werden könnte.

ABSTIMMUNG Antrag Überweisung an die Bau- und Planungskommission
Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 95

Motion R. Moll/St. Glaser/Ph. Schaub, parteilos: Rudolph "BOLO" MÄGLIN-Strasse/-Weglein in Binningen

Grüne/EVP: Peter Buess dankt den Motionären für den Vorstoss, der ihn veranlasst hat, im Buch von Herrn Scarpatetti über Binningen nachzulesen. Die Lektüre zeigte ihm, dass es noch andere Berühmtheiten in Binningen gibt, beispielsweise die erste Einwohnerratspräsidentin Jeannette Attiker. Es wäre also auch ein Attiker-Weglein möglich. Weiter gab es einen Gemeinderat, Leonhard Löw, der immerhin von 1922 bis 1956 in Binningen regierte, oder Dr. Max Blösch, den Storchenvater, der sich für die Wiedersiedlung der Störche eingesetzt hatte. Weil Bolo Mäglin ein Name unter vielen ist, möchte die Fraktion den Vorstoss vorerst nicht überweisen.

Roger Moll, parteilos, hat sich schon immer gefragt, warum damals die Schulstrasse in „Curt Goetz-Strasse“ umbenannt wurde. Curt Goetz hielt sich dreimal in Binningen auf, weil seine Frau Schauspielerin am Theater Basel war. Im von ihm geschriebenen kleinen Büchlein „Der Peterhans von Binningen“ erwähnt er Binningen in einem kleinen Abschnitt von Maximum 15 Zeilen. Wenn man dies den Verdiensten Bolo Mäglin für Binningen – aber auch für die ganze Schweiz – gegenüberstellt, dann hat Bolo Mäglin nach Ansicht von Roger Moll einen eigenen Weg genauso verdient wie Curt Goetz. Der Motionär hat diesen Vorstoss gemacht, weil Bolo Mäglin sehr viel für Binningen getan hat und ist damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Er weist darauf hin, dass es für weitere Personen, die man ehren möchte, noch weitere dreizehn Wege gibt.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger bestätigt, dass noch freie Kapazitäten vorhanden sind, falls Peter Buss einen Antrag stellen möchte. Er sieht den Vorstoss als Chance, einem Publizisten und Schriftsteller, der für die Gemeinde einiges geleistet hat, ein ehrendes Andenken zu geben und macht beliebt, dem Antrag zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Diversa

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Seitens der Einwohnerschaft gingen einige Reaktionen bezüglich Wechselflor, der an diversen Orten in voller Blüte zu sehen ist, ein. Die Bürger/innen wundern sich, weil der Einwohnerrat ja beschlossen habe, es gebe keine Blumen mehr. Der Gemeinderat betont, dass diese Blumen wurden bereits letzten Herbst gesetzt und dieses Jahr nichts gepflanzt wurde.

Gemeinderat Mike Keller informiert über zwei Angelegenheiten:

– Kantonaler Finanzausgleich: Der Regierungsrat ist aufgefordert, nach drei Jahren zusammen mit der begleitenden Kommission ein Fazit zu ziehen und allfällige Bereinigungen oder Korrekturen vorzubringen. Zu diesem Zweck wurde eine Analyse in Auftrag gegeben. Aufgrund des Berichts des beauftragten Instituts möchte der Regierungsrat zwei Massnahmen verändern. Diese Veränderungen wurden an alle Gemeinden in die Vernehmlassung geschickt.

Der RR möchte nicht am Finanzausgleich selber eine Korrektur anbringen, sondern bei gewissen Ausgleichen im Sozialbereich zusätzliche Parameter einführen. Er ist der Meinung, so sei es gerechter.

Im Jahr 2011 stellte der Gemeinderat im Einwohnerrat den Antrag, dass sich Binningen federführend mit 16 anderen Gemeinden gegen den Finanzausgleich wehrt und eine Initiative lanciert. Der Einwohnerrat gab sein Einverständnis und die Initiative wurde eingereicht.

Der Kanton beschloss in einem ersten Schritt eine Plafonierung auf 17 Prozent. Auf die zweite Forderung, die Abschaffung der sogenannten Zusatzbeträge, wollte der RR nach drei Jahren zurückkommen.

Er kam aber weder darauf zurück noch ging er auf die Forderungen der Gebergemeinden weiter ein. Binningen verfasste mit den anderen 16 Gebergemeinden eine Stellungnahme, die in den letzten Wochen in den Zeitungen behandelt wurde. In der Zwischenzeit haben die Gebergemeinden mit dem Regierungsrat und Vertretern der Empfängergemeinden diskutiert. Da die Empfängergemeinden wie erwartet für Kompromisse nicht sehr empfänglich waren, war die Diskussion relativ komplex. Die Gebergemeinden stellen sich auf den Standpunkt, dass sie die drei Jahre abgewartet haben, aber nicht bereit sind, noch weiter drei Jahre oder länger zu warten, bis die entsprechenden Korrekturen angebracht werden. Sollte der Dialog mit dem RR und den Empfängergemeinden keine Fortschritte zeigen, sind die Gebergemeinden gezwungen, über eine neue Initiative nachzudenken. Mike Keller informiert den Einwohnerrat über den Stand der Dinge, weil er davon ausgeht, dass die Berichterstattung zum Thema in den Medien weitergehen wird.

– Zivilstandesamt: Der Kanton hatte bekanntlicherweise beschlossen, dass aus Optimierungsgründen sämtliche Ziviltrauungen in Arlesheim stattfinden sollen. Da das Binninger Zivilstandesamt beim Schloss angesiedelt ist, hat es eine besondere Bedeutung. Hier kann geheiratet, ein grosses Fest veranstaltet und anschliessend gleich übernachtet werden. Für den Schlosspächter hat das Angebot des Zivilstandesamt eine gewisse Bedeutung. Aus diesem Grund ist Binningen an den Regierungsrat gelangt und mittlerweile wurde in dem Sinne geantwortet, dass man bereit sei, das Zivilstandesamt in Binningen zu belassen. Nun muss mit dem Regierungsrat noch ausgehandelt werden, zu welchen Spielregeln dies geschehen soll. Sobald sich konkrete Entscheide abzeichnen, kann offiziell informiert werden.

Präsident Stefan Kaiser schliesst die Sitzung um 20.45 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 26. Mai 2014, 19.30 Uhr.